

Der Redebedarf ist groß

Unternehmer diskutieren mit dem Landtagsabgeordneten Alfred Grob über Wirtschaftsthemen und üben teils deutliche Kritik

Von Michael Brandl

Ingolstadt (DK) Besuch aus der Politik konnte der IHK-Regionalausschuss Ingolstadt auf seiner jüngsten Sitzung begrüßen. Zu Gast war der hiesige Landtagsabgeordnete Alfred Grob. Unternehmer erörterten mit ihm aktuelle Themen, die die Wirtschaft beschäftigen – darunter Bildung und Digitalisierung.

Impulsthemen habe er mitgebracht, sagte Grob nachdem er dem Regionalgremium der Industrie- und Handelskammer von seiner Arbeit im Bayerischen Landtag und von seiner Laufbahn bei der Polizei berichtet hatte – vielleicht noch nicht ahnend, wie impulsiv sich die nachfolgende Diskussion gestalten sollte. Mit seinen Schwerpunkten hatte der CSU-Politiker den einen oder anderen freiliegenden Nerv bei den Unternehmern und Geschäftsführern getroffen. Freilich griffen einige davon ineinander über. So bei der Bildung, Digitalisierung und dem Thema „Ressource Mensch“. Relativer Konsens herrschte darüber, dass die zunehmende Akademisierung wieder mehr ins Gleichgewicht zur beruflichen Ausbildung gerückt werden müsse. Allerdings benötige man die akademische Bildung mindestens genauso wie die berufliche, so Grob. Wie sich Ursache und Wirkung des Ungleichgewichts in der Praxis bemerkbar machen können, zeigten Schilderungen der Teilnehmer. Das Niveau des Abiturs sei eben gesunken, fand eine Unternehmerin angesichts der anhaltend hohen Quote von Abiturienten pro Jahrgang in Deutschland. Das Abitur schlechtreden wollte deshalb zwar niemand, jedoch hielt ein Teilnehmer es für angebracht, dass jeder Abiturient zunächst eine verkürzte Ausbildung ab-

solvieren sollte, um praktische Grundlagen im Berufsleben zu erlangen, bevor er ins Studium wechselt. „Wir bekommen niemanden mehr zum Einräumen von Regalen“, sagte eine Einzelhandelsunternehmerin. Für viele unattraktiv sei zudem die Arbeit am Samstag geworden, fuhr sie fort und gab zu bedenken: „Vieles gibt es vielleicht bald nicht mehr, wenn es keiner mehr leisten will – zum Beispiel sonntags ein warmes Essen.“

Inwieweit die Integration von Asylbewerbern den gefürchteten Effekt abfedern oder sogar dazu beitragen könnte, den Fachkräftemangel zu beheben, darüber herrschten unterschiedliche Ansichten. Konkret ging es um die 3+2-Regelung, die die vorläufige Aufenthaltsdauer von Asylbewerbern in Ausbildung regelt – insgesamt fünf Jahre. Sie werde „im Wesentlichen“ auch vollzogen, so Grob, der

allerdings einräumte, das diese vor allem auf Druck der IHK zustande gekommen sei. Ob 3+2 „der Weisheit letzter Schluss“ sei, müsse angesichts der schwankenden Konjunktur, die womöglich Fachkräfte freisetze, abgewartet werden.

„Ich habe fünf Jahre umsonst investiert, wenn die Leute danach abgeschoben werden“, klagte ein Unternehmer. Dann solle man die Leute doch lieber gleich zurückschicken. Er berichtete von einem jungen Afrikaner, der in seiner Firma zum Berufskraftfahrer ausgebildet werde, jetzt aber den Lkw-Führerschein nicht machen dürfe, weil er nur eine Duldung besitze. Eine Aufenthaltsverlängerung sei nach Absprache möglich, versicherte

Grob. Daran könnte er als Abgeordneter mitwirken.

„Die Leute, die wir brauchen, bekommen wir nicht im Ausland“, sagte Fritz Peters, Vorsitzender des Regionalausschusses, und brach damit erneut eine Lanze für die duale

Ausbildung in Deutschland. „Wir müssen deshalb auf Ausbildung hier setzen“, ergänzte er. Gastgeber Franz Schabmüller Junior

„Ich habe fünf Jahre umsonst investiert, wenn die Leute danach abgeschoben werden.“

Unternehmer über die Ausbildung von Asylbewerbern

– die Sitzung fand im Gebäude der Framos Holding, die zur Schabmüller-Gruppe gehört, statt – befürchtete indes einen weiteren Anstieg des Fachkräftemangels. Man müsse die Anerkennung der Berufsausbildung in der Gesellschaft fördern, sagte er.

Zum digitalen Wandel for-

derte er ein „klares Statement“ der Politik. Grob sagte in dem Zusammenhang, es sei wichtig, die Angst vor Weiterbildung im Alter und lebenslangem Lernen zu nehmen, um mit der Digitalisierung Schritt halten zu können. „Sehr schwierig“, fand eine Teilnehmerin. Sie könne ältere Mitarbeiter, die schon lange im Unternehmen seien, davon kaum überzeugen. „Was machen wir mit Leuten, die nicht mehr gebraucht werden, aber schon lange in der Firma sind? Auch die müssen bezahlt werden“, hieß es aus den Reihen der Unternehmer. Eine „Patentlösung“, so Grob, gebe es dafür noch nicht. Er könne sich aber vorstellen, entsprechende Anreize zu schaffen, wie etwa Vorruhestandsregelungen.

Auch Gespräche mit den Gewerkschaften schloss er nicht aus. Ebenso müsse ein „gewisser Druck“ erzeugt werden, die Leute „dort hinzubringen“. Ein Teilnehmer sprach sich für Sanktionen und die Rente mit 70 aus. Bei körperlich schweren Berufen gehe das aber nicht, wandte ein anderer ein. Offen und teilweise harsch kritisiert wurde seitens der Unternehmer die steigende Bürokratie („Ich möchte Lebensmittel verkaufen, aber wir sind davon weit weg. Wir bürokratisieren uns zu Tode“) und der Umgang mit ständig neuen Vorschriften („Da muss ich einen Hausjuristen beschäftigen, das ist nicht mehr normal“). Schabmüller befürchtete sogar, dass es angesichts der Flut an Formularen und Vorschriften in 20 Jahren keine Unternehmer mehr geben könnte, weil diese den Mut verlören. Zumindest einen Lichtblick in Sachen Fachkräftemangel sendete eine Teilnehmerin aus der Hotelbranche aus. Sie hoffe, dass sich der Babyboom in Ingolstadt positiv auf den regionalen Arbeitsmarkt auswirke.



Aussprache: CSU-Landtagsabgeordneter Alfred Grob (Mitte) war jetzt zu Gast beim IHK-Regionalausschuss und diskutierte mit Unternehmern. Mit auf dem Bild: Ausschussvorsitzender Fritz Peters und IHK-Geschäftsführerin Elke Christian.

Foto: Brandl